

## A1 Registrierung der Lifeline in deutschem Schiffsregister

Antragsteller\*in: privat

Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

- 1 Die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz fordert, dass das Seenotrettungsschiff
- 2 „Lifeline“ des Vereins „Mission Lifeline“ eine Registrierung in ein
- 3 bundesdeutsches Schiffsregister erhält. Die Registrierung des Schiffes soll dem
- 4 Verein angeboten werden.
  
- 5 Die politisch gewollte Hängepartie um die Registrierung der „Lifeline“ muss
- 6 beendet werden. Hier wird bewusst mit dem Tod Geflüchteter kalkuliert.
  
- 7 Die Bundesrepublik könnte mit der Registrierung der „Lifeline“ in Deutschland
- 8 ein starkes und wirksames Signal gegen das Sterben im Mittelmeer setzen.

## A2 Eine Spätikultur für Rheinland-Pfalz

Antragsteller\*in: privat, privat

Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

1 Nach aktuellem Ladenöffnungszeitengesetz müssen Kioske in Rheinland-Pfalz genau  
2 wie Supermärkte stets um 22 Uhr schließen. Viele Kioske, die Menschen nach 22  
3 Uhr noch ein Getränk oder Süßwaren mit auf den Weg verkaufen möchten, verstoßen  
4 so gegen das Ladenöffnungszeitengesetz. Für die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz  
5 gehören Spätis oder auch Nachtkioske jedoch zu einer urbanen Kultur dazu. Viele  
6 urbane Viertel werden durch Spätis kulturell mitgeprägt. Die Grüne Jugend  
7 Rheinland-Pfalz registriert, dass viele Kioskbesitzer ihre Geschäfte gerne  
8 länger als 22 Uhr öffnen möchten. Sie stehen auch in direkter Konkurrenz zu  
9 Tankstellen und Trinkhallen, die laut dem Ladenöffnungszeitengesetz länger  
10 öffnen und auch Waren verkaufen dürfen.

11 Wir möchten Kioskbetreibern, die nach aktueller Rechtslage um 22 Uhr schließen  
12 müssen, die Möglichkeit geben, ihre Kioske legal über 22 Uhr hinaus zu öffnen,  
13 und so in Rheinland-Pfalz eine Spätikultur ermöglichen und etablieren. Daher  
14 strebt die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz eine Novellierung des  
15 Ladenöffnungszeitengesetzes an.

16 Wir möchten eine Rechtsform für sogenannte „Spätis“ schaffen, die von den  
17 infrastrukturellen Anforderungen her zwischen einem Kiosk und einer Trinkhalle  
18 liegt. Spätis sollen in der neuen Rechtsform bis 02 Uhr geöffnet haben dürfen.  
19 Spätibetreiber müssen aber anders als bei Trinkhallenbetreibern zum Beispiel  
20 keine Toilette oder (Steh-) Tische einbauen müssen, damit sie über 22 Uhr hinaus  
21 öffnen können. Diese neue Rechtsform ermöglicht es Kioskbetreibern, auch ohne  
22 den Umbau ihres Kioskes zu einer Trinkhalle, ihren Kiosk als Späti über 22 Uhr  
23 hinaus bis 02 Uhr zu betreiben.

24 Spätibetreiber sollen dafür sorgen, dass es in direkter Umgebung des Spätis  
25 sauber bleibt. Deshalb müssen sie in unmittelbarer Umgebung einen Mülleimer  
26 installieren.

27 Die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz lehnt aber eine grundlegende Liberalisierung  
28 des gesamten Ladenöffnungszeitengesetzes ab, da dies zu Lasten vieler  
29 Arbeitnehmer\*innen von Supermärkten gehen würde.

30 Die Landesmitgliederversammlung beauftragt die Antragsteller\*innen, diesen  
31 Beschluss in die Grüne Partei zu tragen und sich für dessen Umsetzung  
32 einzusetzen.

## Begründung

erfolgt mündlich

### A3 Rundfunkbeitrag fairer gestalten!

Antragsteller\*in: privat

Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

1 Der Rundfunkbeitrag der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten wird heutzutage  
2 pro Haushalt eingezogen. Dies ist in hohem Maße unfair. So muss eine alleine  
3 lebende Person bzw. alleinerziehende Person genauso viel Rundfunkbeitrag zahlen  
4 wie eine Person, welche z.B. mit zwei Mitbewohner\*innen zusammenlebt, obwohl  
5 diese das Rundfunkangebot „drei Mal“ nutzen könnten. Der Rundfunkbeitrag sollte  
6 pro Person und pro Einkommen erhoben werden, da jede Person in gleichem Maße  
7 befähigt ist, das Rundfunkangebot zu nutzen. Begründete Anträge auf Befreiung  
8 vom Rundfunk sollen zeitnah bearbeitet werden. Zudem sollte sich der  
9 Rundfunkbeitrag am Einkommen der Empfänger\*in orientieren. So wird der  
10 Rundfunkbeitrag solidarisch auf alle Bürger\*innen aufgeteilt, Personen mit  
11 niedrigem Einkommen werden entlastet. So können auch diese ohne größere  
12 finanzielle Belastung das Rundfunkangebot nutzen und die Popularität der  
13 Öffentlich-Rechtlichen und des Rundfunkbeitrags könnten gesteigert werden.

## A4 Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze

Antragsteller\*in: privat, privat, privat

Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

- 1 Die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz fordert die Abschaffung der
- 2 Beitragsbemessungsgrenze. Die Bevorzugung von Besserverdienenden im Sozialsystem
- 3 ist hochgradig ungerecht. Wer zwei Millionen Euro verdient, zahlt die gleichen
- 4 Sozialversicherungsbeiträge wie jemand der 200.000€ verdient. Dies ist nicht nur
- 5 eine Bevorzugung von Besserverdienenden, sondern verhindert auch eine bessere
- 6 Finanzierung der Sozialkassen. Daher sollte diese abgeschafft werden.

## F2 Änderungsantrag zur Geschäftsordnung der Landesmitgliederversammlung der GJ RLP

Antragsteller\*in: privat

Tagesordnungspunkt: 1. Begrüßung und Formalia

### 1 § 5 Anträge

2 (1) Alle Anträge, außer Anträgen zur Geschäftsordnung, müssen vor der Abstimmung  
3 schriftlich bei der Tagungsleitung eingereicht werden.

4 (2) Über Anträge wird mit einfacher Mehrheit beschlossen. Bei Stimmgleichheit  
5 ist ein Antrag abgelehnt.

6 Ist wie folgend zu ergänzen:

### 7 § 5 Anträge

8 (1) Alle Anträge, außer Anträgen zur Geschäftsordnung, müssen vor der Abstimmung  
9 schriftlich bei der Tagungsleitung eingereicht werden. Zusatz- und  
10 Änderungsanträge sind jederzeit möglich, es sei denn, die Versammlung stimmt  
11 Antragsfristen im Rahmen eines Verfahrensvorschlags mit einfacher Mehrheit zu.

12 (2) Über Anträge wird mit einfacher Mehrheit beschlossen. Bei Stimmgleichheit  
13 ist ein Antrag abgelehnt.

## Begründung

Kann mit viel Diskussion um einen Antrag gerechnet werden sollten diese nicht in Chaos untergehen. Jede Stimme sollte gehört werden. Kann man sich davor auf einen Verfahrensvorschlag einigen, kann auch geordnet diskutiert werden, ohne im Hintergrund ÄA's einzubringen und alles noch schwieriger zu machen.

## L1 Klimagerechtigkeit jetzt

|                     |                |
|---------------------|----------------|
| Gremium:            | Landesvorstand |
| Beschlussdatum:     | 10.10.2018     |
| Tagesordnungspunkt: | 8. Anträge     |
| Status:             | Zurückgezogen  |

1 Mitteleuropa erlebte 2018 einen weiteren Rekordsommer und die Landwirtschaft  
2 beklagt ein weiteres Mal hohe Ernteausfälle. Was jedoch in den Industriestaaten  
3 durch technische und finanzielle Aufwendungen kompensiert werden kann, bedeutet  
4 für viele Menschen in anderen Teilen dieser Erde eine existenzielle Bedrohung.  
5 Eine Bedrohung, für die sie nicht verantwortlich sind. Hauptverantwortlich für  
6 Umweltzerstörung und Treibhausgasemissionen sind vor allem Industriestaaten wie  
7 Deutschland. Doch nicht sie sind es, die die Hauptfolgen der menschengemachten  
8 Klimaveränderung zu tragen haben.  
9 Die Bewohner\*innen von Inselstaaten wie Kiribati, Küstenregionen wie in Süd-  
10 Myanmar oder Gebieten, die von Hitzewellen und Verödung betroffen sind, sind am  
11 massivsten und direktesten schon jetzt von der Klimakrise betroffen. Wenn diese  
12 Menschen vor Hunger und Elend fliehen, das sie nicht selbst zu verantworten  
13 haben, dann ist es die Pflicht der EU, diesen Klimageflüchteten eine  
14 Aufenthaltserlaubnis für die Europäische Union anzubieten. Zudem muss  
15 Klimaflucht als offizieller Fluchtgrund in die Genfer Konvention aufgenommen  
16 werden.  
17 Es ist unsere Pflicht, die Klimakrise einzudämmen und für Klimagerechtigkeit zu  
18 sorgen!

## 19 20 Energie

21 Das Abwenden einer Klimakatastrophe ist nicht möglich, ohne einen  
22 baldmöglichsten Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung.  
23 Um mit gutem Beispiel voranzugehen soll die Landesregierung auf allen  
24 Landesgebäuden, bei denen es effizient ist, Photovoltaikanlagen anbringen.  
25 Wir fordern die Landesregierung auf, eine Initiative zum Verbot von Kohle Im-  
26 und Export in den Bundesrat einzubringen und sich ganz klar für einen möglichst  
27 schnellen Kohleausstieg auszusprechen. Das Land muss die Errichtung von  
28 Windkraftanlagen, bevorzugt in kommunaler Trägerschaft unterstützen, um ein  
29 Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.  
30 Wir fordern ein klares Bekenntnis der Landesregierung zum 1,5°C-Ziel der  
31 Vereinten Nationen und ein aktives Einsetzen dafür, dass die nötigen  
32 Treibhausgaseinsparungen in RLP erreicht werden.

## 33 34 Verkehr

35 Der Verkehrssektor ist maßgeblich verantwortlich für klima- und  
36 gesundheitsschädigende Emissionen.  
37 Dabei ist die schädlichste Mobilitätsform hierbei der motorisierte  
38 Individualverkehr.  
39 Deshalb muss endlich diese Form des Individualverkehrs eingeschränkt und der  
40 gesamte Sektor von den fossilen Energiequellen gelöst werden.

41 Unser Ziel ist es, die Mobilität der Menschen zu gewährleisten, ohne dabei  
42 unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Dies geht nur durch sukzessives  
43 Zurückdrängen des motorisierten Individualverkehrs und die politische und  
44 finanzielle Unterstützung der Verkehrsträger des öffentlichen Personenverkehrs  
45 und des Fahrrads. Auch deshalb fordern wir den Stopp von Autobahnneubauten, wie  
46 etwa des A1-Lückenschlüssen in der Eifel.

47 Der Flugverkehr gehörten zu den klimaschädlichsten aller Reisearten. Flugreisen  
48 werden bei billigen Fluglinien zu Dumpingpreisen angeboten. Kerosin ist  
49 steuerfrei - Bahnstrom jedoch nicht. Wir fordern hier einen Kurswechsel. Der  
50 Steuersatz auf Leistungen des Schienenverkehrs und Bahnstrom soll auf 0%  
51 verringert werden (mit Pflicht zur Weitergabe an Kund\*innen). Inlandsflüge  
52 müssen durch attraktive Zugverbindungen an Reiz verlieren.

53 Elektrifizierung und Modernisierung von Regionalbahnstrecken, wie etwa der  
54 Bahnstrecke Neustadt(Weinstr.)-Landau-Kalsruhe oder Köln-Gerolstein-Trier kann  
55 einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten und das Angebot attraktiver  
56 machen. Elektrifizierte Nebenbahnstrecken können dann auch zur Entlastung der  
57 stark belasteten Strecken genutzt werden. Auch deshalb muss Rheinland-Pfalz auf  
58 Nachbesserungen, neben den lächerlichen 5 Millionen Euro, die dazu im  
59 Bundeshaushalt eingeplant sind, hinarbeiten und auch eigene Gelder zur Verfügung  
60 stellen.

61 Die Reaktivierung von Bahnstrecken, etwa den Strecken der Hunsrückquerbahn, der  
62 Zellertalbahn oder der Strecke Landau-Germersheim muss weiter forciert werden.

63 Der Nah- und Fernverkehr muss jedem Menschen, egal ob in der Vulkaneifel oder in  
64 Mainz zugänglich sein und ein attraktives Angebot darzustellen. Dazu gehört  
65 insbesondere eine Verdichtung des Fahrtaktes, vor allem in den Abendstunden, und  
66 die intelligente Vernetzung mit anderen Verkehrsmitteln, wie etwa durch Car  
67 Sharing, elektrifizierte Lastenräder und Fahrräder.

68 Wir fordern einen kostenlosen, umlagefinanzierten öffentlichen Nahverkehr und  
69 eine Steigerung der Investitionen, insbesondere in das Schienennetz.

70 Ein wichtiges Schlüsselement in der Entwicklung eines CO<sup>2</sup> neutralen Verkehrs  
71 stellt das Fahrrad da. Hierzu müssen Fahrradwege besser ausgebaut, beschildert  
72 und unterhalten werden. Aber nicht nur der Ausbau der Fahrradwege muss  
73 betrachtet werden. Genauo wichtig ist es, dass bei der Neuanlage von Straßen ein  
74 Fahrradweg verbindlich miteingeplant und errichtet wird. Vor allem bei Neu- und  
75 Umbaumaßnahmen von Gebäude- und Parkflächen müssen Fahrradstände und  
76 Ladestationen für E-Bikes errichtet werden. Außerdem sollten Fahrräder generell  
77 kostenfrei in allen öffentlichen Verkehrsmitteln mitgenommen werden können.  
78 Nur so können wir eine nahtlos ineinanderübergehende, kooperative, ökologische  
79 Mobilität ermöglichen.

80

## 81 Abfall/Konsum

82 Unser Wirtschafts- und Konsumverhalten hat einen enormen Einfluss auf den  
83 Planeten und dessen Bewohner\*innen. Hier zeigt sich ein deutliches  
84 Missverhältnis bei Verursachenden und Leidtragenden dieses Einflusses.  
85 Die Konsumgesellschaften der Industriestaaten produzieren direkt und indirekt  
86 die meisten Emissionen und Abfälle. Die Folgen davon haben aber in vielen Fällen

87 die Menschen in Nicht-Industriestaaten zu tragen.  
88 Der Export von Müll muss komplett verboten werden und eine verpflichtende  
89 Recycling-Quote beschlossen werden.  
90 Auch muss mehr dagegen getan werden, dass Müll überhaupt entsteht. Die  
91 Verpackung von beispielsweise Obst und Gemüse in Plastik entbehrt jeder Logik  
92 und muss aufgrund ihrer ökologischen Folgen ebenso wie Plastiktüten verboten  
93 werden.  
94 Die Vorschriften für Verpackungen müssen kritisch hinterfragt werden und  
95 gegebenenfalls angepasst werden.  
96 Auf die Benutzung von Einwegplastik in Produkten aller Art fordern wir eine  
97 Abgabe, die in einen Fond einzuzahlen ist, der Maßnahmen gegen  
98 Umweltverschmutzung fördert.  
99 Eine Möglichkeit wäre diese Gelder in den Green Climate Fund der UN einzuzahlen.  
100 Zum Schutz unsere Gewässer fordern wir darüber hinaus die Hafemüllgebühr  
101 abzuschaffen, um keine Anreize zur illegalen Verklappung zu setzen. Ferner muss  
102 besonders bei dem Verladen und Ablöschen von Düngemitteln auf einen besseren  
103 Umweltschutz geachtet werden.  
104 Auch bei Großveranstaltungen wie Musikfestivals müssen die Veranstalter  
105 verpflichtet werden, auf die Vermeidung von Müll zu achten und sind  
106 verpflichtet, den Besuchern nur umweltfreundlichere Alternativen zu  
107 Einwegplastik zur Verfügung zu stellen. Auch das Trennen von Müll muss den  
108 Besuchern von Großveranstaltungen immer ermöglicht werden.  
109 Auch unsere kleinsten Abfälle, wie beispielsweise Mikroplastik oder  
110 pharmazeutische Rückstände.

## 111 Landwirtschaft

112 dieser Abschnitt wird nachgereicht



# L1Neu3 Klimagerechtigkeit jetzt

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

1 Mitteleuropa erlebte 2018 einen weiteren Rekordsommer und die Landwirtschaft  
2 beklagt ein weiteres Mal hohe Ernteausfälle. Was jedoch in den Industriestaaten  
3 durch technische und finanzielle Aufwendungen kompensiert werden kann, bedeutet  
4 für viele Menschen in anderen Teilen dieser Erde eine existenzielle Bedrohung.  
5 Eine Bedrohung, für die sie nicht verantwortlich sind. Hauptverantwortlich für  
6 Umweltzerstörung und Treibhausgasemissionen sind vor allem Industriestaaten wie  
7 Deutschland. Doch nicht sie sind es, die die Hauptfolgen der menschengemachten  
8 Klimaveränderung zu tragen haben.  
9 Aber auch in Industriestaaten sind in jüngster Vergangenheit zunehmend  
10 alarmierende Wetterextreme zu verzeichnen, weshalb der dringende Handlungsbedarf  
11 bezüglich der Klimakrise bestärkt wird.

12 Die Bewohner\*innen von Inselstaaten wie Kiribati, Küstenregionen wie in Süd-  
13 Myanmar oder Gebieten, die von Hitzewellen und Verödung bedroht sind, sind am  
14 massivsten und direktesten schon jetzt von der Klimakrise betroffen. Wenn diese  
15 Menschen vor Hunger und Elend fliehen, die sie nicht selbst zu verantworten  
16 haben, dann ist es die Pflicht der EU, diesen Klimageflüchteten eine  
17 Aufenthaltserlaubnis für die Europäische Union anzubieten. Zudem muss  
18 Klimaflucht als offizieller Fluchtgrund in die Genfer Flüchtlingskonvention  
19 aufgenommen werden.

20 Es ist unsere Pflicht, die Klimakrise einzudämmen und für Klimagerechtigkeit zu  
21 sorgen!

22

## 23 Energie

24

25 Das Abwenden einer Klimakatastrophe ist nicht möglich, ohne einen  
26 baldmöglichsten Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung.

27 Um mit gutem Beispiel voranzugehen, soll die Landesregierung auf allen  
28 Landesgebäuden, bei denen es effizient ist, Photovoltaikanlagen anbringen.

29 Wir fordern die Landesregierung auf, eine Initiative zum Kohle Im- und  
30 Exportverbot in den Bundesrat einzubringen und sich ganz klar für einen  
31 möglichst schnellen Kohleausstieg auszusprechen.

32 Aber auch in Industriestaaten sind in jüngster Vergangenheit zunehmend  
33 alarmierende Wetterextreme zu verzeichnen, weshalb der dringende Handlungsbedarf  
34 bezüglich der Klimakrise bestärkt wird.

35 Das Land muss die Errichtung von Windkraftanlagen, bevorzugt in kommunaler  
36 Trägerschaft, unterstützen um einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

37 Wir fordern ein aktives Einsetzen dafür, dass die nötigen  
38 Treibhausgaseinsparungen in RLP erreicht werden.

39

## 40 Verkehr

41

42 Der Verkehrssektor ist maßgeblich verantwortlich für klima- und  
43 gesundheitsschädigende Emissionen.

44 Dabei ist die schädlichste Mobilitätsform der motorisierte Individualverkehr.

45 Deshalb muss endlich diese Form des Individualverkehrs eingeschränkt und der  
46 gesamte Sektor von fossilen Energiequellen gelöst werden.

47 Unser Ziel ist es, die Mobilität der Menschen zu gewährleisten ohne dabei unsere

48 Lebensgrundlagen zu zerstören. Dies geht nur durch sukzessives Zurückdrängen des  
49 motorisierten Individualverkehrs und die politische und finanzielle  
50 Unterstützung der Verkehrsträger des öffentlichen Personenverkehrs und des  
51 Fahrrads. Auch deshalb fordern wir den Stopp von Autobahnneubauten, wie etwa des  
52 A1-Lückenschlusses in der Eifel.

53  
54 Der Flugverkehr gehört zu den klimaschädlichsten aller Reisearten. Flugreisen  
55 werden bei billigen Fluglinien zu Dumpingpreisen angeboten. Kerosin ist  
56 steuerfrei - Bahnstrom jedoch nicht. Wir fordern hier einen Kurswechsel. Der  
57 Steuersatz auf Leistungen des Schienenverkehrs und auf Bahnstrom soll auf 0%  
58 verringert werden. Inlandsflüge müssen folglich durch attraktive Zugverbindungen  
59 an Reiz verlieren. Außerdem fordern wir ein Verbot von Kurzstreckenflügen unter  
60 600km.

61 Wir fordern im Mittelrheintal anstatt Brückenprojekten einen 24-stündigen,  
62 subventionierten emissionsfreien Fährverkehr. Sollte eine Brücke gebaut werden,  
63 sollte diese ausschließlich für Fußgänger und Fahrradfahrer genutzt werden.

64 Kommunale Einrichtungen sollen zu Nahwärmeinseln zusammengeschlossen werden und  
65 die Möglichkeit, für alle Haushalte mit Blockheizkraftwerken ans Fernwärmenetz  
66 angeschlossen zu werden, soll verbessert werden. Dies ist nicht nur für die  
67 Kommunen energiesparend und somit klimaschonend, sondern auch kostensparend.

68 Elektrifizierung und Modernisierung von Regionalbahnstrecken, wie etwa der  
69 Bahnstrecke Neustadt(Weinstr.)-Landau-Karlsruhe oder Köln-Gerolstein-Trier  
70 können einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten und das Angebot  
71 attraktiver machen. Elektrifizierte Nebenbahnstrecken können dann auch zur  
72 Entlastung der stark belasteten Strecken genutzt werden. Auch deshalb muss  
73 Rheinland-Pfalz auf Nachbesserungen, neben den lächerlichen 5 Millionen Euro,  
74 die dazu im Bundeshaushalt eingeplant sind, hinarbeiten und auch eigene Gelder  
75 zur Verfügung stellen.

76 Die Reaktivierung von Bahnstrecken, etwa den Strecken der Hunsrückquerbahn, der  
77 Zellertalbahn oder der Strecke Landau-Germersheim muss weiter forciert werden.

78  
79 Der Nah- und Fernverkehr muss jedem Menschen, egal ob in der Vulkaneifel oder in  
80 Mainz zugänglich sein und ein attraktives Angebot darstellen. Dazu gehört,  
81 insbesondere in den Abendstunden und an Wochenenden, eine Verdichtung des  
82 Fahrtaktes und die intelligente Vernetzung mit anderen Verkehrsmitteln, wie etwa  
83 Car Sharing, elektrifizierte Lastenräder oder Fahrräder.

84  
85 Wir fordern einen kostenlosen, umlagefinanzierten öffentlichen Nahverkehr und  
86 eine Steigerung der Investitionen, insbesondere in das Schienennetz.

87  
88 Ein wichtiges Schlüsselement in der Entwicklung eines CO<sub>2</sub>-neutralen Verkehrs  
89 stellt das Fahrrad dar. Hierzu müssen Fahrradwege besser ausgebaut, beschildert  
90 und unterhalten werden. Darum fordern wir auf Landesebene das  
91 Verkehrsministerium mit Nachdruck auf, den Bau der geplanten Radschnellwege bei  
92 Mainz, Trier und Ludwigshafen endlich umzusetzen und den Radverkehr stärker zu  
93 fördern. Vor Ort müssen die Kommunen die vorhandenen Fördermittel ausschöpfen  
94 und moderne Verkehrskonzepte entwickeln, die das Fahrrad als gleichberechtigtes  
95 Verkehrsmittel betonen. Aber nicht nur der Ausbau der Fahrradwege muss  
96 betrachtet werden. Genau wichtig ist es, dass bei der Neuanlage von Straßen ein

97 Fahrradweg verbindlich miteingeplant und errichtet wird. Vor Allem bei Neu- und  
98 Umbaumaßnahmen von Gebäude- und Parkflächen müssen Fahrradständer und  
99 Ladestationen für E-Bikes errichtet werden. Außerdem sollten Fahrräder generell  
100 kostenfrei in allen öffentlichen Verkehrsmitteln mitgenommen werden können.  
101 Nur so können wir eine nahtlos ineinandergreifende, kooperative, ökologische  
102 Mobilität ermöglichen.

103

#### 104 Abfall/Konsum

105

106 Unser Wirtschafts- und Konsumverhalten hat einen enormen Einfluss auf den  
107 Planeten und dessen Bewohner\*innen. Hier zeigt sich ein deutliches  
108 Missverhältnis bei Verursachenden und Leidtragenden dieses Einflusses.  
109 Die Konsumgesellschaften der Industriestaaten produzieren direkt und indirekt  
110 die meisten Emissionen und Abfälle. Die Folgen davon haben aber in vielen Fällen  
111 die Menschen in Nicht-Industriestaaten zu tragen.  
112 Der Export von Müll muss komplett verboten und eine verpflichtende Recycling-  
113 Quote, welche die aktuelle (Stand 12.10.18) übersteigt beschlossen.  
114 Auch muss mehr dagegen getan werden, dass Müll überhaupt entsteht. Die  
115 Verpackung von beispielsweise Obst und Gemüse in Plastik, entbehrt jeder Logik  
116 und muss aufgrund ihrer ökologischen Folgen, ebenso wie Plastiktüten, verboten  
117 werden.

118 Der Einsatz von Recyclingpapier an Stelle von Frischfaserpapier soll innerhalb  
119 der nächsten zwei Jahre in Behörden und öffentlichen Einrichtungen in RLP zum  
120 Standard werden. So kann das Land Rheinland-Pfalz seiner Vorbildfunktion bei der  
121 Ressourcenschonung gegenüber den Bürgern nachkommen.

122 Die Vorschriften für Verpackungen müssen kritisch hinterfragt und gegebenenfalls  
123 angepasst werden.

124 Auf die Benutzung von Einwegplastik in Produkten aller Art fordern wir eine  
125 Abgabe, die in einen Fond einzuzahlen ist, der Maßnahmen gegen  
126 Umweltverschmutzung fördert.

127 Eine Möglichkeit wäre diese Gelder in den Green Climate Fund der UN einzuzahlen.  
128 Zum Schutz unserer Gewässer fordern wir darüber hinaus die Hafenumüllgebühr  
129 abzuschaffen um keine Anreize zur illegalen Verklappung zu setzen. Ferner muss  
130 besonders bei dem Verladen und Ablösen von Düngemitteln auf einen besseren  
131 Umweltschutz geachtet werden.

132 Auch bei Großveranstaltungen wie Musikfestivals müssen die Veranstalter  
133 verpflichtet werden auf die Vermeidung von Müll zu achten und sind dazu zu  
134 verpflichten den Besuchern nur umweltfreundlichere Alternativen zu Einwegplastik  
135 zur Verfügung zu stellen. Auch das Trennen von Müll muss den Besuchern von  
136 Großveranstaltungen immer ermöglicht werden.

137 Auch unsere kleinsten Abfälle, wie beispielsweise Mikroplastik oder  
138 pharmazeutische Rückstände, müssen in adäquater Weise durch unsere Kläranlagen  
139 beseitigt werden können. Dazu sind die kommunalen Kläranlagen entsprechend  
140 nachzurüsten.

141

#### 142 Landwirtschaft

143

144 Die konventionelle Landwirtschaft schadet nicht nur der Umwelt in größtem Maße,  
145 sondern ignoriert das Wohl der ausgebeuteten Tiere. Unser Ziel ist eine baldige  
146 Überwindung der Nutztierhaltung. Bis wir es erreicht haben, die Nutztierhaltung  
147 zu überwinden, müssen folgende Maßnahmen umgesetzt werden, um jetzt schon eine

148 Landwirtschaft zu etablieren, die sog. Nutztieren in der Obhut von Menschen eine  
149 würdige Lebensqualität garantiert, zum Artenschutz beiträgt, unsere  
150 Gewässerqualität schützt und den Beitrag klimaschädlicher Emissionen auf ein  
151 Minimum reduziert.

152 Ein erster Schritt dorthin ist das Überwinden von Tierhaltung ohne Weidegang,  
153 aber auch der Übergang vom schmerzhaften Ohrmarken zum Chippen. Solange es  
154 Schlachtung – entgegen unserer Grundsatzhaltung – gibt, muss es Pflicht sein,  
155 den gesamten Schlachtkörper zu verwenden, da kein Körperteil des Lebewesens als  
156 „minderwertig“ gelten/aussortiert werden darf. Damit verbunden dürfen keine  
157 „Schlachtabfälle“ exportiert werden, weil diese eine dramatische Bedrohung für  
158 die lokalen Märkte in Zielländern darstellen.

159 Die europaweiten Biostandards sind oft unzureichend und täuschen den  
160 Verbrauchenden eine umweltfreundliche Produktion vor.

161 Denn das europaweite Biosiegel erlaubt doppelt so viele der pro Fläche  
162 gehaltenen Legehennen oder Masthühner wie die drei größten deutschen Bioverbände  
163 Bioland, Demeter und Naturland.

164 Konkret bedeutet das: Die EU und alle drei Anbauverbände empfehlen pro Hektar  
165 die Tierhaltung von 2 Milchkühen oder 5 Mastkälbern. Bei anderen Nutztierarten  
166 gehen die Vorschriften der EU und die der Anbauverbände noch weiter auseinander:  
167 während die EU pro Hektar 14 Mastschweine zulässt, sehen Bioland, Naturland und  
168 Demeter maximal 10 vor. Noch gravierender sind die Unterschiede bei den  
169 Besatzdichten von Geflügel, denn 580 Masthühner oder 230 Legehennen dürfen laut  
170 EU-Bio-Verordnung pro Hektar gehalten werden - Mitglieder der drei Anbauverbände  
171 erlauben dagegen "nur" 280 Masthühner oder 140 Legehennen.

172 Außerdem sollten Zweinutzungshuhnrasen standardisiert in der Hühnerhaltung  
173 eingesetzt werden, um das sogenannte Kükenvergasen und Kükenschreddern  
174 überflüssig zu machen und mit diesen robusten Arten eine definitiv artgerechte  
175 Haltungsform ermöglichen zu können.

176 Die EU-Bio-Siegel-Richtlinien machen keine Angaben zur Distanz des Schlachthofs.  
177 Während der Transport bei Bioland, Demeter und Naturland auf maximal vier  
178 Stunden oder 200 Kilometer beschränkt ist, kann ein Schwein mit EU-Bio-Siegel  
179 eine Fahrt durch halb Europa hinter sich haben.

180 Deshalb hat das EU-Bio-Siegel nicht viel mit Nachhaltigkeit und ausdrücklich  
181 Tierwohl zu tun. Darum fordern wir nicht nur die Richtlinien des Bioland  
182 Verbandes als Mindeststandard, sondern auch ein ausagekräftiges, transparentes  
183 Tierwohllabel. Echten Tierschutz gibt es nur ohne Nutztierhaltung. Denn schon  
184 jetzt fordert fast 90% der Bevölkerung bessere Standards in der Tierhaltung und  
185 mehr Transparenz im Produktionsprozess (Quelle: BMEL-Ernährungsreport 2017).

186 Aber auch ein Klima-Label für Lebensmittel ist überfällig, um für den  
187 Verbraucher transparent den Wasserverbrauch, den Transportweg und CO<sub>2</sub> Ausstoß  
188 des zu kaufenden Lebensmittel aufzuschlüsseln.

189 Das Insektensterben nimmt immer erschreckendere Ausmaße an und gefährdet das  
190 Gleichgewicht unserer gesamten Ökosysteme. Daher muss insektenfreundliches  
191 Dauergrünland und weitere Maßnahmen noch stärker gefördert werden. Die  
192 Landesregierung muss hierbei mit gutem Beispiel vorangehen und das Dauergrünland  
193 des Landes und der Kommunen in Tierparadiese umwandeln. Die Kommunen sollen dazu  
194 angehalten werden Eh-da-Flächen auszuweisen.

195 Zusätzlich muss ein Herbizid- und Neonicotinoidverbot auf allen Landes- und  
196 Kommunalflächen eingeführt und in alle Pachtverträge übernommen werden.

197 Die momentane Landwirtschaftssubventionierung fördert vor allem die industrielle

198 Landwirtschaft und schadet somit der Umwelt. In Zukunft darf nur noch  
199 biologische Landwirtschaft gefördert und die Förderung von Industrieller  
200 Landwirtschaft komplett zurückgefahren werden. Denn durch kleinbäuerliche und  
201 biologische Landwirtschaft wird ein erheblicher Beitrag zur  
202 Biodiversitätssicherung, zum Gewässerschutz und der Ernährungssicherheit  
203 geleistet.

204 Die Landesregierung muss sich deshalb dafür einsetzen, dass die Bundesregierung  
205 die Richtlinien, nach denen die Fördermittel der EU verteilt werden, dahingehend  
206 anpasst werden.

207

208 Moore und deren Schutz kommt eine Schlüsselposition im Klimaschutz zu. Moore  
209 sind nicht nur Lebensraum für eine Vielzahl gefährdeter Tier- und Pflanzenarten,  
210 sie sind auch ein exorbitant großer Speicher für Kohlenstoffdioxid. Die  
211 Trockenlegung und Verbrennung von Mooren durch die Bundeswehr ist eine  
212 Katastrophe für die Biodiversität und den Klimaschutz. Die Entwässerung von  
213 Mooren und die damit zwangsläufig verbundene Freisetzung von CO<sub>2</sub> trägt mit 5%  
214 einen enormen Einzelposten zu den menschengemachten CO<sub>2</sub>-Emissionen bei.

215 Die Wiedervernässung von Mooren muss daher ein integraler Bestandteil von  
216 Klimaschutzpolitik sein. So könnten enorme Mengen Kohlenstoffdioxid gebunden  
217 werden.

218 Die Wiedervernässung von Mooren des globalen Südens zu finanzieren ist Aufgabe  
219 von Industriestaaten, da sie so einen Beitrag zur Reduktion ihrer  
220 Klimagasemission leisten können.

221 Vor allem muss sowohl Torfabbau als auch Torfimport und die Entwässerung von  
222 Mooren verboten werden.

223

224 Es ist ein System zu entwickeln, in dem die Industriestaaten zur Finanzierung  
225 der Bewältigung von Folgen der Klimaerwärmung in den Ländern des globalen Südens  
226 herangezogen werden. Gleichwohl müssen die Industriestaaten Klimaschutzprojekte,  
227 etwa den Bau von Photovoltaikanlagen in den diesen Ländern mit finanzieren.